

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt Elsfleth und Umgebung. 1933-1940 1936

67 (9.6.1936)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-894614](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-894614)

Nachrichten für Stadt Elsfleth und Umgebung

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung, Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag, vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen am Tage vorher erbeten. Bei Konkursverfahren oder Zwangsvergleich wird etwa benötigter Nachschuß hinfällig.

Abzugspreis mit der Beilage „Heimat und Welt“ monatlich 1,00 RM einschließlich Bestellgeld, Einzelpreis 10 Pf. DV 36: 502. Druck und Verlag: V. Jirt, Elsfleth. Verlagsleitung: Hans Jirt, Elsfleth. Grundpreise: Die 46 mm breite Anzeigenzeile 4 Pf. (nähere Bedingungen in der Anzeigenpreisliste, 3. Zt. Preisliste Nr. 3 gültig), die 90 mm breite Textzeile 20 Pf. Verantwortlicher Anzeigenleiter: Hans Jirt, Elsfleth. Für durch Fernsprecher aufgebene Anzeigen kein Einspruchsrecht. Schluß 17.

Nr. 67

Elsfleth, Dienstag, den 9. Juni

1936

Blums erster Kammerstag Vertrauensvotum mit 384 gegen 210 Stimmen

Paris, 8. Juni.

Die neue französische Kammer sprach der Regierung von Blum im Anschluß an die Regierungs- und eine ausgedehnte Aussprache über die allgemeine Politik mit 384 gegen 210 Stimmen das Vertrauen aus.

Die Regierungserklärung des neuen französischen Kabinetts wurde von Ministerpräsident Léon Blum in der Kammer und von dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Minister für Landesverteidigung und Krieg, Dabry, im Senat verlesen. Die Regierungserklärung nimmt Bezug auf den Sieg der Volksfront bei den Kammerwahlen und erläuterte dann das

Programm des Kabinetts Blum

„Zu Beginn der nächsten Woche werden wir in der Kammer eine Gesamtheit von Gesetzen einbringen und den Kammern bitten, diese Gesetze vor Beginn der Ferien zu verabschieden. Diese Gesetze werden betreffen: die Anstalten, die Vierzigstundenwoche, die Kolonialverwaltung, die bezahlten Urlaube, einen Plan für öffentliche Arbeiten zur wirtschaftlichen, sanitären, wissenschaftlichen Ausbildung, für den Sport und Fremdenverkehr, die Verstaatlichung der Eisenbahnen, die Herstellung der Verlängerung der Luftzeit, eine Reform der Ausgaben der Kantone Frankreichs, die das Vorherrschende nationaler Interessen über die Verwaltung der Kantone garantiert.“

Nach Verabschiedung dieser Maßnahmen werde in der Kammer eine zweite Reihe von Vorlagen eingebracht, vor allem die Schaffung eines nationalen Arbeitsfonds, die Verhinderung gegen Landwirtschaftsbeschwerden, die Regelung der landwirtschaftlichen Schulen, eine Altersversicherung für die Arbeiter betreffen. Weiter sei an eine umfassende Steuerreform gedacht, die die Erzeugungswirtschaft und den Handel entlasten und neue Mittel nur durch die Heranziehung von einkommensteuerverpflichteten Reichtums, durch die Umwidmung der Steuerhinterziehung und vor allem durch die Antikämpfung der allgemeinen Betätigung beschaffen solle.

Die Regierung, so erklärte der Ministerpräsident, werde die republikanische Ordnung sichern und die Gesetze der republikanischen Verfassung mit größter Festigkeit anwenden. Sie werde alle Verwaltungs- und öffentlichen Dienste mit republikanischem Geist erfüllen. Wenn die demokratischen Einrichtungen angegriffen werden sollten, werde die Regierung ihre Achtung mit einer den Drohungen oder Widerständen entsprechenden Schärfe durchsetzen.

Auf das außenpolitische Gebiet übergehend, erklärte die Regierungserklärung den einmütigen Friedenswillen Frankreichs. Weiter tritt sie ein für die Unterbindung des hemmungslosen Rüstungswettlaufes und eine internationale Einigung über die Verfestigung, allmähliche Verminderung und tatsächliche Kontrolle der internationalen Rüstungen.

Zum Schluß erklärte Léon Blum, indem er auf die letzten Ereignisse in Frankreich anspielte, das republikanische Parlament werde bestehen, mit welcher Ungeduld die Bevölkerung erwartet werden, und wie gefährlich es wäre, die Hoffnungen nach einer Änderung und Erneuerung zu enttäuschen. Hoffnungen, die nicht nur von der politischen Mehrheit oder einer besonderen sozialen Gruppe gehegt werden, sondern von dem gesamten Volk. Das Land werde einerseits verstehen, daß die Aufgabe, die es die neue Kammer betraut habe, nur dann erledigt werden könne, wenn die Eintracht und die politische Sicherheit der Arbeit die unentbehrlichen Vorbedingungen liefere.

Blum will den Franken halten

Die nunmehr beginnende Aussprache über die Internationalen nimmt den erwarteten stürmischen Verlauf. Während der scharfen Auseinandersetzungen zwischen der einen Seite und der Linken machten die kommunistischen Wiener einen scharfen Angriff auf den Abgeordneten Chappatte, den Präsidenten des Pariser Stadtrates. Die Linke erklärte sich bereit, daß der Kammerpräsident Herriot die Verantwortung wiederholt unterbrengen müsse. Vor der Abstimmung beschloß Blum noch einmal die Tribüne, um die Meinungsänderung der Rechten zurückzuweisen. Eine Abwertung der Franken lehnte er entschieden ab.

Auf alle Fälle werde die Regierung ihr Programm nicht auf dem Wege eines Währungsversuchs durchzuführen.

Die Regierung werde versuchen, durch eine Erweiterung des Kredit das Ziel zu erreichen, was andere Länder durch Entwertung erzielt hätten.

Auf die Streikfrage ging der Ministerpräsident kurz ein, um zu betonen, daß diese Frage mit Kabinetsarbeit angepaßt werden müsse. Léon

Blum vermied es dabei, eine endgültige Stellung dazu zu nehmen, abgesehen davon, daß er mittelbar zu verstehen gab, daß die Regierung nicht beabsichtige, die Petrolpreise gewaltsam räumen zu lassen.

Zum Schluß seiner Rede kündigte Léon Blum an, daß noch vor Beginn der Künftigen Sitzung eine außenpolitische Aussprache in der Kammer stattfinden werde.

Verhärterung der Streikfrage

Von Sonnabend zu Montag hat sich die Streikbewegung weiter ausgedehnt. Der Streik umfaßte in Paris am Sonnabendnachmittag etwa 300 000 und im Département Nord etwa 200 000 Arbeiter. U. a. hat sich der Streik auch auf die Internationale Schiffsarbeitergesellschaft ausgedehnt, so daß bei den französischen Zügen weder Schlaf- noch Speisewagen verkehren werden. Auch die Luftschiffahrt ist vom Streik betroffen. Besonders in Nordfrankreich in der Gegend von Lille sind die Besatzungen zahlreicher Lastkähne in den Streik getreten. Sie haben ihre Schiffe quer über die Flüsse und Kanäle gelegt, um hierdurch jeden Verkehr zu unterbinden. Die Grubenarbeiter des nordfranzösischen Grubenbezirks und der Gruben des Departements Pas-de-Calais haben für heute den allgemeinen Streik ausgerufen.

„Die deutsche Gemeinde“

Dr. Frid eröffnet die Großausstellung

Im Ehrenraum der Berliner Ausstellungshallen am Kaiserforum eröffnete der Reichs- und preussische Minister des Innern, Dr. Frid, in feierlichem Rahmen die große Ausstellung „Die deutsche Gemeinde“, eine Leistungsschau der über 50 000 deutschen Gemeinden, die der Deutsche Gemeindetag zusammen mit dem Ausstellungs- und Messeamt der Stadt Berlin aus Anlaß des VI. Internationalen Gemeindetages errichtet hat. Die über 1500 Ehrenmitglieder der Gründungsfeier, darunter die zum VI. Internationalen Gemeindetage aus 35 Staaten anwesenden Teilnehmer, wurden von dem Staatsminister Dr. Lippert im Namen der Reichshauptstadt begrüßt. Alsdann sprach der Vorkämpfer der deutschen Gemeindetage, Reichsleiter Fiechter, dem Leiter der Ausstellung, Reichsminister Dr. Frid, den Dank dafür aus, daß er diesen Ehrentrag der deutschen Selbstverwaltung mit den aus- und inländischen Gassen begehe. Die deutsche Selbstverwaltung sei in einer Zeit schwerer Not zu neuem Leben erweckt worden. So wie der Nationalsozialismus alles Gute und Gesunde aus der Vergangenheit in seinen Staat übernahm, habe er auch den urdeutschen Gedanken örtlicher Selbstverwaltung der neuen, vom Führer am 30. Januar 1935 als Grundgesetz des neuen Staates erlassenen Gemeindeordnung zugrunde gelegt. Dann umschloß der Reichsleiter das vom Deutschen Gemeindetag 1936 errichtete Denkmal der deutschen Selbstverwaltung, das im Ehrenraum Ausstellung gefunden hat und als Wahrzeichen der Städte den deutschen Roland und die huldigende Bürgerschaft zeigt.

Mit stürmischen Jubel empfingen, nahm dann

Reichsminister Dr. Frid

darauf das Wort zu seiner Eröffnungsansprache. Die Ausstellung soll — so führte er aus — ein Bild geben, wie das Wirken deutscher Gemeinden im Leben eines jeden deutschen Volksgenossen Tag für Tag in den vielfältigsten Formen in die Erscheinung tritt; sie soll zeigen, welches Maß öffentlicher Verwaltung, öffentlicher Sorge für die Volksgemeinschaft das Reich vertrauensvoll unseren Gemeinden übertragen hat und mit wachendem Erfolg die Gemeinden der ihnen gestellten Aufgabe gerecht werden.

So gibt die Ausstellung „Die deutsche Gemeinde“ uns im tiefsten Sinne Einblick in einem der wichtigsten Ausschütle der Verwaltung unseres deutschen Vaterlandes überhaupt; sie macht uns deutlich, wie trotz der Verschiedenheit der Formen Reich, Länder, Gemeindeverbände und Gemeinden in ihrem Wirkungsziel eine Einheit darstellen, eine Einheit im Dienste des deutschen Volkes.

Wenn ich, so erklärte der Minister, diesen Gedanken der Einheit für besonders betone, dann soll darin eine deutliche Abgabe an zwei Auffassungen liegen, die in einer früheren Zeit zum Schaden des Ganzen immer wieder vertreten wurden: Der nationalsozialistische Staat lehnt es mit aller Entschiedenheit ab, in den deutschen Gemeinden Verwaltungsträger zweiter Ranges zu sehen, die gut genug dazu waren, die Aufgaben von minderer Bedeutung zu lösen.

Die deutsche Gemeinde ist vielmehr nicht nur ein vollwertiges Glied unserer gesamten öffentlichen Verwaltung; sie ist eines ihrer wichtigsten Glieder,

weil sie dazu bestimmt ist, als die vollnächste Stufe der Verwaltung in einem weit umfassenden Wirkungsbereich den Bedürfnissen, Sorgen und Wälen der kritischen Ge-

meinschaft zu dienen. Seit der Machtübernahme sind wir unermüdet bestrebt gewesen, der deutschen Gemeinde in dem Verwaltungsgefüge des Reiches die Stellung einzuräumen, auf die sie nach ihrer Eignung und nach ihren Leistungen vollen Anspruch hat. Wir haben es Jahrzehnte hindurch erlebt, daß die Gemeinden ihre vornehmste Aufgabe darin sahen, in allen nur möglichen Fragen einem schwachen Staate in besonderer Opposition entgegenzutreten; wir haben in diesen Zeiten einen Geist in unseren Gemeinden gesehen, der jede natürliche Einordnung in diesen Staat von sich wies und befehlen ließ der ausdrücklichen Gesetzesnorm verpflichtet zu sein glaubte.

Heute aber sehen wir in der deutschen Gemeinde wieder das, was sie bei einer organischen Betrachtung ist: die Zelle des Staates, in ihren Bescheiden untrennbar verknüpft mit dem Staate, in ihrem Wirken ausgerichtet auf das Wohl des Staates und Volksganges, in ihrer Arbeit geschützt und gefördert vom Staate. Darin liegt keineswegs eine Wehr von dem Bewahren wahrer Selbstverwaltung, wie man hier und da behauptet hat, sondern die Wiederherstellung des organischen Betrachtung allein entsprechenden Verhältnisses zwischen Staat und Gemeinde, wie es auch ein Reichsführer vom Stein nicht anders gesehen hat.

Wie auf manchem Gebiet, so blieb auch hier dem Dritten Reich Adolf Hitlers vorbehalten, die wahre Sprache zwischen Gemeinde und Staat zu finden und in dem Grundgesetz der Deutschen Gemeindeordnung für alle Zeiten festzulegen. Während Gemeinden sollen nach Jahren schrittweisen Verfalls in einem starken Staat in echter Selbstverwaltungsfähigkeit, aber auch in wahrer Selbstverwaltungsverantwortung dem Wohle der Gemeinschaft dienen.

Mit dem Sieg-Heil auf den Führer und den Nationalhelden schloß die eindrucksvolle Feierstunde.

Bekenntnis zum Lebenswillen

Reichstreifen der Kinderreichen in Köln

Über 50 000 Frauen und Männer aus allen Teilen des Reiches waren zum Bundesstag des Reichsbundes der Kinderreichen nach Köln geeilt, um in einer großen Kundgebung für die deutsche Familie, der Trägerin der Nation und des Staates, ihren Willen zum Kind kundzutun. Der Ehrentrag der deutschen Familie in Köln unterfrisch die hohe Bedeutung und die großen Ziele, die der Reichsbund der Kinderreichen verfolgt. Diese Bedeutung wurde noch erhöht durch die Tatsache, daß die führenden Persönlichkeiten des deutschen Volkes in der vordersten Linie des Bundes stehen und der Stellvertreter des Führers, Reichsminister Rudolf Heß, an dem Bundesstag teilnahmen.

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung für die deutsche Familie gestaltete sich die Amtsträgertagung des Reichsbundes in der großen Festhalle der Kölner Messe. Die Tausende begrüßten den Stellvertreter des Führers mit brausenden Heil-Rufen.

Reichsbundesleiter Sturme dankte unter begeisterten Beifall dem Stellvertreter des Führers im Namen aller deutschen Volkfamilien für seine Teilnahme an der Tagung, der damit eine besondere Bedeutung gegeben werde. Die Kinderreichen müßten, daß der nationalsozialistische Staat schützend hinter ihnen stehe. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und die Wiedererringung der Wehrfreiheit seien beispiellose Erfolge gewesen.

Nun gelte es, mit einer totalen Geburtenpolitik die Gefahr des Volksabsterbens niederzurufen und umfassende Maßnahmen für die Erhaltung und Neubildung von Volkfamilien der Tüchtigsten zu treffen.

„Das, was die Genialität des Führers, was Fleiß und Arbeit des Volkes geschaffen haben, so betont der Redner weiter, „muß in der Zukunft leben. Wir müssen die harte Wirklichkeit erkennen, daß wir ein sterbendes Volk geworden sind und müssen dem einen ebenso barmherzigen entgegenstehen. So sollte dieser Ehrentrag der deutschen Familie der Schutzstein des Kampfes um die Ehre der Familie, aber auch die Ausgangsstelle für die weitere Niederringung des Geburtenüberflusses bilden. Dieser Tag sei der große Appell der lebendigen Familien, aber auch ein erster Schritt auf das deutsche Volk.“

Der Stellvertreter des Führers spricht

Die Kundgebung erreichte ihren Höhepunkt, als der Stellvertreter des Führers, Reichsminister Rudolf Heß, den deutschen Kinderreichen zu ihrem Ehrentrag die Grüße des Führers überbrachte und darauf hinwies, wie sehr der Führer, wie sehr Partei und Staat, das würdigen, was die kinderreichen Familien für die Nation leisten.

„Sie sind Vorbild der Nation, sie setzen sich ein für die Zukunft der Nation, sie kämpfen in aller Stille, in aller Zurückgezogenheit einen Kampf für Deutschland, sie haben über das wirtschaftliche Denken das Denken um das Volk gestellt, wie es der Nationalsozialismus verlangt.“

Der Stellvertreter des Führers bekannte sich im weiteren Verlauf seiner kameradschaftlichen Worte zu der

Erfolge des Landeselektrizitätsverbandes seit der letzten Vertrauensmänner-Versammlung. Er war in der Lage, bekanntzugeben, daß mehrere große Ziele, die derzeit für die Gründung des Landeselektrizitätsverbandes mit bestimmend waren, inzwischen vollkommen erreicht sind. Nun ist auch erwiesen, daß der am 1. April 1934 im Lande eingeführte Einheitstarif mit 25 Pfg. je kWh für Lichtstrom, 15 Pfg. je kWh für Kraftstrom und einer Verwaltungsgebühr von 50 Pfg. pro Monat ausreicht, um den gestellten Aufgaben gerecht zu werden. Es muß an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß derzeit verschiedene Fachblätter in Deutschland den Landeselektrizitätsverband wegen dieser Preise angriffen und ihm voransagten, daß ein Durchhalten damit ausgeschlossen sei. Wir haben jetzt die Genugtuung, daß in jüngster Zeit maßgebliche und sachverständige Herren feststellten, daß der Landeselektrizitätsverband in jeder Beziehung gesund ist und daß die verhältnismäßig niedrigen Strompreise ausreichen. Amtshauptmann Brand wies weiter auf die Aufgaben hin, die im Allgemeinwohl zu lösen sind, und erwähnte u. a. die neu erschlossenen Siedlungsgebiete in Ostpreußen, die mit elektrischer Energie zu versorgen vordringliche Aufgabe des Landeselektrizitätsverbandes ist. Ferner konnte berichtet werden, daß durch die allgemeine Forderung der Wirtschaftslage, aber auch durch die Tarifgebahrung eine wesentliche Abschlüßleistung erzielt wurde. Diese erreicht in einzelnen Genossenschaftsbezirken nahezu 100 Prozent gegenüber dem Jahre 1933. Ingenieur Schütte, der Leiter der Betriebsabteilung Delmenhorst, berichtete jedoch noch kurz über die im letzten Jahre durchgeführten Instandsetzungen und Neubauten. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Kupferknappheit manche Aufgabe noch nicht erfüllen ließe, die an sich schon jetzt notwendig sei. Nach und nach würden aber die vorgesehene Arbeiten restlos zur Ausführung gebracht. Es wurden dann eine ganze Reihe verschiedener Fragen gestellt, die vom Verbandsvorsteher oder Ingenieur Schütte beantwortet wurden. In der nun einfindenden Aussprache wurde mehr als einmal betont, daß man mit den Maßnahmen des Landeselektrizitätsverbandes und mit der Verwaltung und Betriebsführung vollkommen zufrieden sei. Bauer Janßen-Höppke schloß diese Aussprache ab mit der Aufforderung an alle Vertrauensmänner, nach wie vor restlos mitzuarbeiten an den Aufgaben des Landeselektrizitätsverbandes und insbesondere dafür zu sorgen, daß die Leiter immer noch liberal vorhandene Quertreiber und Mederer aufgeklärt oder aber mindestens zur Ruhe gebracht werden. In vollem Vertrauen auf die Maßnahmen der Regierung habe man dem Landeselektrizitätsverband Oldenburg die Anlagen unentgeltlich zur Verfügung gestellt und könne jetzt mit größter Genugtuung festgestellt werden, daß diese Vertrauen vollkommen gerechtfertigt war. In einem Schlusswort forderte Amtshauptmann Brand die Anwesenden auf, mitzuarbeiten an den Aufgaben, die unser Führer uns gestellt hat, und führe Johann den Verammlungsabschluss durch ein dreifaches Siegesheil auf den Führer herbei.

*** 10. Arbeitsbeschaffungs-Lotterie des Blindenvereins, Landesteil Oldenburg u. g.** In verständnisvoller Weise hat das Oldenburgische Staatsministerium dem Blindenverein, Landesteil Oldenburg auch seine 10. Arbeitsbeschaffungs-Lotterie gütig genehmigt. Herr Reichshofratlicher Höber, dem sich auch die Gauleitung der NSD, Gau Wehr-Ges., angeschlossen, bekräftigte unsere Lotterie mit nachstehenden warmen Worten: „Die vom Blindenverein Oldenburg durchgeführte Arbeitsbeschaffungs-Lotterie verdient von allen Seiten tatkräftig Unterstützung zu werden. Ist der Erlös doch dazu bestimmt, unseren blinden Volksgenossen Arbeit und damit Freude am Leben zu geben.“ Die Los-Ausgabe der 10. Arbeitsbeschaffungs-Lotterie des Blindenvereins, Landesteil Oldenburg, deren Ziehung am 27. September 1936 stattfindet, besteht aus 15 000 Doppellosen = 30 000 Einzellose. Das Doppellos kostet 1 RM, das Einzellos 50 Pfg. Außer einem zugkräftigen Hauptgewinn 500 RM in bar gelangen noch für 4500 RM Blindenwaren, alles Erzeugnisse der im Landesteil Oldenburg ansässigen blinden Handwerker und Handwerkerinnen, zur Verlosung. Der sich evtl. ergebende Ueberfluß soll der Aufgabe dienen, den erkrankten Volksgenossen ihrer ewigen Nacht einen Lichtschein zu geben. Mögen daher die „Blindenlose“ hinsichtlich des damit erzielten Heiles freudige Abnehmer finden. Zur gefl. Beachtung sei zum Schluss noch bemerkt, daß der Verkauf vorgenannter Lose nicht unter das reichsgesetzliche Sammlungsverbot vom 1. Juli 1935 fällt.

*** Sparen macht Kreditwürdig.** Im Kreditverkehr spielen Vertrauen zum Kreditnehmer und die charakterliche Wertung seiner Person eine erhebliche Rolle, und mit Recht wird angestrebt, diese persönliche Beurteilung noch stärker gegenüber sonstigen Sicherungserfordernissen bei der Kreditübergabe mitsprechen zu lassen. Dies ist nicht nur deshalb gut, weil auf diese Weise die tätigen und vorwärtsstrebenden Kräfte unterstützt werden, sondern trägt auch den Pflichten der Spendenden in dieser Hinsicht. Denn die Beträge, die dem Kreditnehmer zur geschäftlichen Verwertung, zum Bau eines Hauses oder für ähnliche Zwecke leihweise überlassen werden, entstammen ja den Sparrücklagen oder den sonstigen zu den Kreditinstituten fließenden Geldmitteln der Bevölkerung. Es ist daher erklärlich, daß die Sparkassen, Banken usw. lieber jemandem Kredit gewähren, der als strebsam und zuverlässig bekannt ist, als Personen, die zwar alle Zusicherungen machen, sie aber nicht zu halten pflegen. Für das Vorwärtstreben und die solide Wirtschaftsgebahrung eines Menschen spricht es immer, wenn er ein Sparbuch aufweist, das also nicht nur den Hauptzweck der Zukunftssicherung erfüllt, sondern manchmal auch ein wertvoller Helfer sein kann, wenn der Sparer einmal zu einer Kreditaufnahme schreiten sollte. Bei den öffentlichen Sparkassen fließen die Kredite bekanntlich im wesentlichen den gleichen Berufs- und Wirtschaftskreisen des heimischen Bezirks zu, denen auch die Spareinlagen bei den Sparkassen entstammen. Schon manchem Sparer ist z. B. die Aufnahme einer Hypothek bei seiner Sparkasse für den

Mütterberatung am Dienstag, dem 9. d. M., nachmittags von 2-3 Uhr, im Kindergarten. R. E. Volkswohlfahrt.

Bau eines Eigenheimes oder andere Zwecke durch vorheriges beharrliches Sparen beträchtlich erleichtert worden. Ein Kreditinstitut sagt sich mit Recht, daß jemand, der regelmäßig Rücklagen bildet, auch in anderen Gelddingen die erforderliche Zuverlässigkeit besitzt und auch seinen Pflichten bei der Kreditaufnahme pünktlich nachkommen wird. Es hat daher schon seine Berechtigung, wenn manche Sparkassen bei der Vergabung ihrer Hypotheken in erster Linie ihre treuen Sparer berücksichtigen. Der Sparer kann daher das Bewußtsein haben, daß er mit seinem Sparbuch nicht nur Wechselschlüssen des Lebens vorbeugt, sondern daß ihm seine Sparfähigkeit auch einmal bei etwaigen Kreditbedürfnissen von Nutzen sein wird.

*** Devisenvorschriften für den Postverkehr.** Nach den neuen Vorschriften der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung ist die Freigrenze von 10 RM für gewisse weitere Zahlungszwecke aufgehoben worden. Wer Zahlungen innerhalb dieser Freigrenze nach dem Ausland leisten will, muß fortan eine vorgegebene „Devisenrechtliche Erklärung“ unterschreiben, daß die Zahlung aus seinen eigenen Mitteln erfolgt und daß sie keinem der in der „Erklärung“ aufgeführten Zwecke dient, für die eine Ausnutzung der Freigrenze verboten ist. Den Zahlungszweck muß der Absender in der „Erklärung“ angeben; das Formblatt hat er in Liebereinstimmung mit der Unterschrift in seinem gleichzeitig vorzulegenden Reisepaß zu unterschreiben. Ein Formblatt zur devisenrechtlichen Erklärung erhält der Postbenutzer kostenlos bei jedem Postamt. Von Postagenturen und Poststellen werden diese Formblätter nicht vorrätig gehalten, bei Bedarf werden sie beim zuständigen Postamt angefordert. Postagenturen und Poststellen nehmen Zahlungen nach dem Ausland, und zwar sowohl genehmigungsfreie als auch genehmigungspflichtige, nicht mehr selbst an. Sie übersenden jedoch die bei ihnen eingereichten Auslandspostanweisungen oder Wertsendungen — bei Freigrenzenzahlungen mit dem Reisepaß und der devisenrechtlichen Erklärung des Einzählers, bei genehmigungspflichtigen Zahlungen mit der Devisengenehmigung oder -bescheinigung — dem zuständigen Postamt zur Prüfung und weiteren Behandlung. Den Paß oder die nicht voll ausgenutzte Devisengenehmigung oder -bescheinigung erhält der Absender g. f. in gebührenfreiem Einschreibebrief zurück. Will er die Einzahlung dieser Papiere vermeiden, so muß er die Zahlung unmittelbar bei einem Postamt vornehmen oder vornehmen lassen. Postcheckkonten, die aus ihrem Postcheckkonto unter die Devisenfreigrenze fallende Lieberweisungen oder Barzahlungen leisten, die Einzahlung ihres Reisepasses an das Postamt oder aber vermeiden wollen, können den Auftrag mit dem Reisepaß und der devisenrechtlichen Erklärung ebenfalls einem Postamt zur Eintragung des Vermerks vorlegen oder vorlegen lassen. Im Verkehr mit dem Ausland dürfen künftig auch inländische Scheidemünzen nicht mehr verandt werden.

*** Nach den nun vorliegenden endgültigen Zahlen zeigte der Seeschiffverkehr der wichtigsten deutschen Seehäfen im ersten Vierteljahr 1936 folgendes Bild:** Hamburg (großhamburgisches Gebiet) ankommen 3916 Schiffe mit 4 507 568 N.-R.-T., ausgehend 4231 Schiffe mit 4 481 276 N.-R.-T., Unterweserbäfen (einschließlich Bremische Häfen) ankommen 2132 Schiffe mit 2 246 626 N.-R.-T., ausgehend 2195 Schiffe mit 2 275 445 N.-R.-T., Stettin: ankommen 1346 Schiffe mit 664 750 N.-R.-T., ausgehend 1316 Schiffe mit 671 708 N.-R.-T., Kiel ankommen 1275 Schiffe mit 263 136 N.-R.-T., ausgehend 1256 Schiffe mit 260 906 N.-R.-T., Danzig ankommen 1129 Schiffe mit 700 942 N.-R.-T., ausgehend 1112 Schiffe mit 700 168 N.-R.-T., Emden ankommen 897 Schiffe mit 761 157 N.-R.-T., ausgehend 851 Schiffe mit 736 759 N.-R.-T., Königsberg ankommen 814 Schiffe mit 834 494 N.-R.-T., ausgehend 791 Schiffe mit 828 225 N.-R.-T., Lübeck ankommen 758 Schiffe mit 199 980 N.-R.-T., ausgehend 739 Schiffe mit 191 777 N.-R.-T., Flensburg ankommen 412 Schiffe mit 33 743 N.-R.-T., ausgehend 421 Schiffe mit 35 790 N.-R.-T.

*** Bremen.** Der Ozean-Schnelldampfer „Polskam“ des Norddeutschen Lloyd hat mit seiner am 1. Juni beendeten dritten Ozean-Rundreise einen Rekord aufgestellt. Das Schiff legte die 25 686 Seemeilen umfassende Entfernung Bremerhaven—Kobe—Samarang in 66 Tagen zurück. Davon wurden für die Fahrt von Bremen nach Singapur nur 19 Tage und nach Schanghai nur 27 Tage anstatt wie auf den bisherigen Reisen 22 bzw. 32 Tage benötigt. Auf der Rundreise wurden 27 Häfen bedient. Das ist die schnellste Fahrt, die je ein Handelsschiff zwischen Europa und Ostasien ausgeführt hat.

*** Bremen.** Der jetzt in Oldenburg wohnende Hans Lippert mußte sich wegen wissentlich falscher Anschuldigung vor dem Einzelrichter in Bremen verantworten. Er hatte seine Bremer Hauswirtin, die Ehefrau eines jüdischen Arztes, bei der Geheimen Staatspolizei angezeigt, weil sie angeblich gefährliche Verurteilungen gegen die Regierung gemacht habe. In Oldenburg nahm der Angeklagte vor der Polizei die Behauptung zurück. Er habe die Beschuldigung nur aufgestellt, um die Frau, mit der er persönliche Meinungsverschiedenheiten hatte, ins Konzentrationslager zu bringen. Als sich Lippert dann selbst durch eine Anklage bedroht sah, zog er allerdings seinen Widerruf zurück. Es erwies sich aber auch in der Verhandlung, daß er, wie der Richter in der Urteilsbegründung betonte, aus häßlicher, gemeiner Rachsucht heraus die Beschuldigung aus der Luft gegriffen hatte. Der Angeklagte habe die Grundzüge der neuen Regierung beschimpft. Das Urteil lautete auf eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten.

*** Bremen.** Die Gefolgschaftsmitglieder eines größeren Vergnügungsbetriebes in Bremen hatten einen Sparklub gegründet, um für Weihnachts zu sparen. Die beiden Gefolgschaftsmitglieder Vogel und Garbe wurden dazu

bestimmt, den Sparschrank zu leeren und die Summe die Sparkasse weiterzuleiten. Als die Zeit der Weihnachtskäufe heranlang, fiel es auf, daß Garbe ziemlich geringe Summen, bis er schließlich zugab, daß das Geld 1200 bis 1500 RM, nicht mehr da sei. Vogel legte seine Schuld sofort ein, aber Garbe leugnete und ließ Vogel die Schuld zu. Auch vor dem Richter fand er immer neue Ausflüchte, so daß die Verhandlung weiteren Aufklärung mehrere Male vertagt werden mußte. Die Zeugenauslagen belasteten Garbe schwer. Aus seines hartnäckigen Leugnens wurde er zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr drei Monaten verurteilt; auch Untersuchungshaft wurde ihm nicht angedroht. Angeklagte Vogel kam mit 10 Monaten Gefängnis und ihm wurde auch die Untersuchungshaft angedroht.

*** Worswede.** Im Moor fand der Unbau beim Tortgraben ein gut konserviertes Schweinefleisch-Tier. Die über dem Fund befindliche Moorfläche unberührt. Schon früher fand M. auf seinem Grundstück einen vorgeleglichen Tierkadaver.

*** Bremerwörde.** Das Obergericht beim Jägermeister in Hannover für den Regierungsbezirk hat einen Jäger aus dem Kreise Bremerwörde auf Jahre aus der Deutschen Jägerschaft ausgeschlossen. Verurteilt hatte einen nicht freigegebenen jagdbaren geschossen, diesen nicht gemeldet und nicht ausgegibt. Er hatte weiter, obwohl nur ein Bod freigegeben, einen weiteren Bod zur Strecke gebracht und anstelle Gehörns dieses Wodes ein Gehörns eines Wodes früheren Jahrs ausgegibt. Er hat auch ein weibliches Gehörnd nicht gemeldet und eine Abschlag nicht geführt. Der Jäger wurde außerdem von dem ordentlichen Gericht wegen Nichtführens der Abschlag zu 20 RM Geldstrafe verurteilt.

*** Nethen (Aller).** Der Familie des Marktbesizers Thiele wurden in diesen Tagen das 33. Kind geboren. Ueberlings ist der Vater, der niemals die Wobstung Anspruch genommen hat, zum dritten Male verheiratet. Von den sechs ältesten Kindern der Familie befinden sich schon 34 Großkinder am Leben, so daß zu dem Familienglied 67 Kinder und Großkinder gehören.

*** Flensburg.** In der Nähe von Flensburg ereignete sich durch die Explosion eines Motorrades ein schreckliches Unglück, bei dem 20 Personen zum Teil sehr schwer verletzt wurden. Einer der Schwerverletzten ist bereits gestorben. Die Teilnehmer eines Tanzenvergnügens durch die Ruhe, „Ein Motorrad brennt!“ ins Freie gelaufen. Wie sich herausstellte, war das neue Motorrad von Thomsen beim Antreten in Brand geraten. Man verlor zunächst den Brand mit Wolldecken zu erlösen, was nicht gelang. Plötzlich explodierte der Benzintank des Motorrades, das brennend gegen eine Mauer geschleudert wurde. Die Flamme lief über 50 Meter weit. Die stehenden standen sofort in Flammen. Im Saal sah man die Explosion und es brach eine wilde Panik aus. Während die Festsetznehmer ins Freie drängten, wurden wiederum einige Verletzte, die in hellen Flammen standen in den Saal hinein und steckten so einen Teil der Garderobe in Brand. Durch Einschlagen von Fenster Scheiben gelang viele Teilnehmer ins Freie. Insgesamt wurden 20 Personen verletzt. Von den 7 Schwerverletzten ist 23jährige Johann Laufen seinen schweren Verletzungen erlegen. Bei zwei weiteren Verletzten besteht noch Lebensgefahr.

Druck und Verlag: J. Zirk, Eisfeld. Hauptdruckstelle: Hans Zirk, Eisfeld. Verantwortlicher Anzeigengestaltung: Hans Zirk, Eisfeld. DL V 36: 502. Zur Zeit ist Preisliste Nr. 3 gültig.

MAGGI Fleischbrüh-Würfel
unfalten lassen, flüssig machen, beim
Garnieren zugeben und warm
aufkochen in ausreichender Menge
zur Herstellung vorzüglicher
bequemlicher Fleischbrühen
zum Frischessen und Kochen.

Wegen Fortzuges ist die
von Herrn Hestenius benutzte
Unterwohnung **Briefmisch**
mit firmenaufdruck
fertig an
Peterstraße 12 zum
1. August 1936 zu vermieten
D. Schmidt, Bremen,
Ottersberger Straße 13

**Gebt den Blinden Arbeit,
dann gebt ihr ihnen Licht!**
Kauft die Lose der
10. Arbeitsbeschaffungs-Lotterie
des Blindenvereins, Landesteil Oldenburg
Hauptgewinn 500 RM in bar. Alle weiteren Gewinne
nur Erzeugnisse des heimischen Blindenhandwerks.
Einzellos 0.50 RM, Doppellos 1 RM.
Ziehung am 27. September 1936
Hauptverl. Blindenverein, Landesteil Oldenburg i. O.,
Kleine Kirchenstraße 11.

Ihre in Antwerpen vollzogene Vermählung
geben bekannt
Ernst Addicks und Frau
Hannigeb. Kuhner